

Pressemitteilung

Neues Schuljahr startet wie altes Schuljahr endet – mit wenig Innovation und gleichbleibend schwieriger Lage – Michael Müller, bitte übernehmen Sie!

Das neue Schuljahr startet aus Sicht des Landeselternausschusses katastrophal - obwohl ausreichend Personal zum neuen Schuljahr eingestellt werden konnte (davon fast 2/3 Quer- und Seiteneinsteigende) und trotz sozialpolitischer Entlastungen für Familien.

Auf der Habenseite der Bildungssenatorin steht momentan nur ein sozialpolitisches Guthaben. Die Entlastung der Familien beim Schülerticket für alle Schüler_innen und beim Schulmittagessen für Schüler_innen an Grundschulen und bei den Hort-Kosten für Schüler_innen der 1. und 2. Klassen sind Maßnahmen, die wir als LEA sehr begrüßen, die aber keinen bzw. kaum Einfluss auf gute und bessere Bildung haben.

Der LEA ist hochgradig unzufrieden mit der Bewegungslosigkeit beim Abschneiden Berlins in den Vergleichsarbeiten, bei der Schulabschluss-Quote und beim Thema Unterrichtsausfall!

Egal zu welchem Zweck z. B. VERA 3 entwickelt wurde, wenn ca. 30% der Schüler_innen die Mindeststandards in der dritten Klasse nicht erfüllen, ist das ein deutliches Alarmsignal. Lesen, Schreiben und Rechnen sind die elementaren Grundtechniken, die im Grundschulalter erlernt werden müssen.

Jeder einzelne Jugendliche oder junge Erwachsene, der die Schule ohne einen Abschluss verlässt, ist einer zu viel. Berlin hat hierbei die höchste Quote im bundesweiten Vergleich. Selbst wenn man die herausrechnet, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Abschluss erreichen können, ist die Quote zu hoch. Auch hier sind weder eine Analyse noch Lösungen und Verbesserungen in Sichtweite.

Unterrichtsausfall ist die Blackbox schlechthin. Hier wurde uns seitens der Politik Aufklärung versprochen. Bis heute haben wir hier nichts gesehen. Das Thema wird in der Bildungsverwaltung nicht verfolgt.

Seit Jahren werden uns in diesen Basis-Bildungskernthemen Verbesserungen angekündigt - ohne dass sie sich in sicht- und messbaren Veränderungen niederschlagen würden. Die Senatorin hat bei diesen Themen für uns ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Die Aussage, dass durch die finanziellen Entlastungen beim Schulesen usw. Bildung nicht mehr vom „Portemonnaie der Eltern“ abhängig sein wird, ist eine Farce im Vergleich zu den Kosten für Nachhilfe, die u.a. genau wegen des nicht erteilten Unterrichts benötigt wird oder gleich für den Wechsel an eine Privatschule!

Dazu kommen Personalentwicklungen innerhalb der Verwaltung, die nur auf Unverständnis beim Landeselternausschuss stoßen! Sichtbar durch den Weggang der ersten Antidiskriminierungsbeauftragten, Saraya Gomis, deren Arbeit nicht nur vom Landeselternausschuss äußerst positiv bewertet wurde.

Schönreden und Intransparenz helfen hier nicht weiter! Kritische Daten werden nur auf parlamentarische Anfragen, die teils mit Nachdruck betrieben werden müssen, veröffentlicht. Warum wird der Öffentlichkeit zum Schuljahresbeginn nicht transparent und visualisiert aufbereitet, wie die Verteilung von Laufbahnbewerbenden und Quereinsteigenden in die Bezirke und die einzelnen Schulformen erfolgt ist? Warum werden keine Daten zum Anmeldeverhalten auf die einzelnen Oberschulen veröffentlicht? Die Begründung, man wolle kein Ranking unter den Schulen befördern, ist aus unserer Sicht fadenscheinig. Unserer Erfahrung nach gibt es dieses Ranking bereits und bestätigt sich jedes Jahr mit leichten Schwankungen aufs Neue.

Berlin steckt mitten in einer schulischen Bildungskrise und wir als Landeselternausschuss Schule nehmen nicht wahr, dass hier entschieden genug gegengesteuert wird.

Schulfrieden vs. eigenverantwortliche Schule vs. Steuerung vs. ausbleibende Qualitätsverbesserungen ist eine offensichtliche Patt-Situation, die wir als Landeselternausschuss Schule nicht länger hinnehmen wollen!

Wir fordern von der Senatorin die Einberufung eines Krisengipfels. An diesen Tisch gehören die Bildungsverwaltung, die Politik, die Hochschulen, die Gewerkschaften, die Lehrerverbände, der Landesausschuss des pädagogischen Personals, der Landeschülerausschuss und der Landeselternausschuss. Hier soll und muss mit allen gemeinsam besprochen werden, was die Ursachen und Lösungen für die Probleme im Bildungsbereich sind. In unseren Einzelgesprächen mit einigen der vorgenannten Gruppen wird immer mit dem symbolischen Finger auf andere gezeigt. Das muss ein Ende haben!

Wir tragen alle gemeinsam die Verantwortung für die Zukunft der Kinder und ihr Menschenrecht auf Bildung!

Sollte die Senatorin unserer Forderung nicht nachkommen wollen, fordern wir den Regierenden Bürgermeister Michael Müller auf diese Aufgabe zu übernehmen. Und als weitere Konsequenz werden wir unsere Zusammenarbeit mit Senatorin Scheeres einstellen und uns andere Wege in der Umsetzung unserer Ziele suchen!

Kontakt: Norman Heise, Mobil 01721331369